
Zum wirtschaftspolitischen Kurs in der Bundes- republik Deutschland

Anmerkungen zum Gutachten
der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel*

Bernhard Gahlen

Angesichts der anhaltenden Stagflation ist die wirtschaftspolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland durch eine hektische Aktivität bestimmt. Ständig werden neue Maßnahmen erörtert und neue »Programme« verabschiedet. Zahlreiche Patentrezepte werden gehandelt. Für die Instabilitäten werden »Schuldige« gesucht. Auch im Ausland wird die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik zunehmend kritisiert, weil nicht genug für die Überwindung der internationalen Konjunktur- und Wachstumskrise getan werde. Die Bundesrepublik scheint hoffnungslos in den Konflikt zwischen Inflation und Vollbeschäftigung geraten zu sein. Zwar hat sie den anhaltenden Kampf mit der Inflation für den Augenblick gewonnen. Doch liegt ihr Rezept wohl auch nur darin, Preisniveaustabilität zu Lasten von möglicher Produktion und Beschäftigung zu erzielen. Es scheint höchst zweifelhaft zu sein, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme mit dem heute anzutreffenden taktischen Lavieren gelöst werden können. Weder die in Krisenzeiten immer übliche Kette internationaler Konferenzen noch die Fülle neuer Konjunkturprogramme wird mehr bewirken, als den Verantwortlichen ihr Alibi zu sichern, sie hielten das Konjunkturschiff auf dem richtigen Kurs. Da die Krise langfristiger Natur ist, bedarf es einer langfristigen wirtschaftspolitischen Strategie. Gegenwärtig ist das Klima für strategische Erwägungen und zur Einführung neuer Strategien natürlich denkbar

* Dieser Beitrag entstand aus zwei Referaten, die ich Anfang Juni an den Universitäten Wien und Linz und im Kautsky-Kreis gehalten habe. Das eine Referat befaßte sich mit Möglichkeiten und Grenzen der wirtschaftspolitischen Beratung. Dabei wurde besonders auf die Erfahrungen des Verfassers in der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (im folgenden zitiert als Kommission) eingegangen. Im zweiten Referat wurden aktuelle Probleme der Wirtschaftspolitik behandelt. Auf Wunsch des Redaktionskollektivs habe ich beide Referate integriert.

Dinge: Weder eine Überdramatisierung noch Patentrezepte sind am Platz. Beides hängt zusammen: Wenn die konservative Opposition im Eigeninteresse von einer Wirtschaftskrise, verursacht durch eine sozialistische Mißwirtschaft, spricht, dann darf man sich kaum wundern, daß sich die Parteien mit Patentrezepten überbieten. Es ist schon erstaunlich, welchen Einfluß gerade konservative Parteien dem Staat auf die Wirtschaft zutrauen.

3. Als es darum ging, in der Nachkriegszeit die zerstörte Wirtschaft wieder aufzubauen, da waren jedem die Prioritäten klar. Die Ziele der Langfristpolitik waren außerhalb jeder Diskussion: Durch Kooperation zu Wachstum und Beschäftigung. Die Ökonomen irrten, als sie das zum generellen Ziel erhoben. Der Verteilungskampf ist ein Kind einer ausweglosen Situation und der Wohlstandsgesellschaft. Heute läßt er sich nicht mehr mit Wachstum überspielen.

4. Natürlich werden diejenigen, die in Verbänden und Parteien Verantwortung ausüben, angesichts der Arbeitslosigkeit handeln müssen. Sie werden auf dem Register der kurzfristigen Globalsteuerung spielen: ihre »give-away«-Budgets und internationalen Konferenzen sind eindrucksvoll. Jedoch wird der Katzenjammer nicht ausbleiben, wenn eine Steuersenkung in Milliardenhöhe auf den Einzelnen umgerechnet wird. — Doch selbst wenn im Herbst 1978 oder im Frühjahr 1979 sich die Konjunktur wegen oder trotz dieser Aktivitäten belebt, so bleiben die beschriebenen Langfristprobleme.

5. Nun sehe ich durchaus eine Chance, daß die Angebotsprobleme, bevor es zu spät ist, in Angriff genommen werden. Unser jetziger Finanzminister war zuvor Forschungsminister. Dieses spricht dafür, daß die Fiskalpolitik in der Zukunft angebotsorientierter wird.

Darüber hinaus hat gerade die Arbeit in der Kommission gezeigt, daß die Tarifparteien bei allen Differenzen und Konflikten in der Lage sind, sich auf eine qualitative Angebotspolitik zu einigen. Dieses überrascht in Österreich nicht. In der Bundesrepublik Deutschland sieht dies für Fachkollegen leider anders aus. Sie würden den Verteilungskonflikt gern modellkonform auf die Lohnquote zugespitzt haben. Aber im eigenen Interesse werden die Arbeitgebervertreter diese Unterstützung nur partiell akzeptieren.

In gutem Pfadfindergeist formulierte die Kommission gemeinsam: »Die relativ große Stabilität unseres Gesellschaftssystems ist die wichtigste Rahmenbedingung für die weitere Entwicklung und Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Von der Existenz des Basiskonsenses legt auch die Arbeit der Kommission ein Zeugnis ab.«